

# E-Mail-Newsletter

## 19. November 2008

Liebe Mitglieder und Interessierte,

die Feierlichkeiten anlässlich des 20-jährigen Bestehens sind vorbei, und wir können auf den Rest des Jahres und auf erste Termine im Jahr 2009 blicken. Auch die Termine für die Plenen im Jahr 2009 stehen fest: Das erste Plenum 2009 wird am 7. März stattfinden, weitere Plenumstermine sind der 11. Juli und der 7. November. Das Programm für die Veranstaltung am 7. März, bei der auch der Sprecherrat gewählt werden muss, wird zur Zeit erstellt. Das Hauptreferat am Nachmittag wird aller Voraussicht nach der ehemalige Nahost-Korrespondent und Leiter der Abteilung Ausland/Europa des SWR Fernsehens, Jörg Armbruster, halten. Sein Thema: Die Situation im Irak und die Perspektiven für dieses Land.

Falls Sie sich vorstellen können, für den Sprecherrat zu kandidieren oder jemanden kennen, der für eine Kandidatur in Frage kommt, freuen wir uns über eine kurze Mitteilung an die Geschäftsstelle.

Die weiteren Themen im Newsletter:

### **1. Ansprache Angelika von Loepers bei der Übergabe des Bundesverdienstkreuzes**

Die 1. Vorsitzende des Flüchtlingsrats Baden-Württemberg, Angelika von Loeper, hat für ihr ehrenamtliches Engagement in der Flüchtlingsarbeit das Bundesverdienstkreuz erhalten. Die Übergabe war am 10.11. in Karlsruhe. Wir geben die Ansprache, die sie dort gehalten hat, wieder.

### **2. Flüchtlinge in Deutschland: Eine psychologische Analyse der Freiwilligen Rückkehr**

Die Ergebnisse in der Promotion von Ulrike von Lersner zeigen, dass die Rückkehrer selten wirklich freiwillig gehen, nach der Rückkehr deutlich kränker werden und sich von den hoch bezahlten Rückkehrhilfe-Organisationen massiv im Stich gelassen fühlen. Nun sollen die Ergebnisse auch noch filmisch untersucht werden. Dafür werden für Interviews Rückkehrfamilien gesucht, besonders solche mit Mädchen im "Teenager-Alter".

### **3. Save-Me-Kampagne**

Die bundesweite Initiative sucht UnterstützerInnen, die auf der Website kurz darstellen, warum sie die Aktion richtig finden und mitmachen wollen. Am 5. Dezember findet außerdem in Frankfurt ein Vernetzungstreffen der Städte-Kampagnen statt!

### **4. Abschaffung des Asylbewerberleistungsgesetzes: Petition des Grundrechtskomitees**

Die Petition ist zwar jetzt dem Bundestag übergeben worden, kann aber weiterhin unterzeichnet werden.

### **5. Griechenland: Recherche zur Situation von Asylsuchenden**

Karl Kopp, Pro Asyl, hat Ende Oktober 2008 mit zahlreichen Schutzsuchenden, Vertreterinnen und Vertretern der Zivilgesellschaft, des UNHCR und des Gesundheitsministeriums gesprochen. Ergebnis: Griechenland kann die aktuellen Anforderungen im Asylbereich nicht bewältigen!

### **6. Einbürgerung von Kosovaren - Hinnahme von Mehrstaatigkeit**

Das Innenministerium Baden-Württemberg hat einen Erlass über die Einbürgerung von Kosovaren herausgegeben, nachdem der VGH Mannheim im September entschieden hatte, dass ein Kosovo-Albaner auch dann eingebürgert werden kann, wenn er seine bisherige Staatsangehörigkeit nicht aufgibt.

### **7. Bundesverwaltungsgericht: Fiktive Berechnung nach dem SGB II zur Erteilung einer Aufenthaltserlaubnis nach § 23,1 AufenthG**

"Damit der Lebensunterhalt gemäß § 2 Abs. 3 AufenthG ohne Inanspruchnahme öffentlicher Mittel gesichert ist, müssen nach Auffassung des BVerwG nicht nur der "Regelsatz plus Miete" nachgewiesen werden, sondern zusätzlich auch fiktiv die Freibeträge, die Personen mit geringem Einkommen zusätzlich eingeräumt werden."

### **8. Sozialausschuss des Münchener Stadtrats fordert Abschaffung der Flüchtlingslager**

Damit erhält eine alte Forderung des Bayerischen Flüchtlingsrats bzw. der Landesflüchtlingsräte prominente Unterstützung.

### **9. Rückübernahmeabkommen mit Syrien**

Infos hierzu aus einer kleinen Anfrage der Linkspartei im Bundestag.

### **10. UNHCR zur Sicherheitslage in Afghanistan**

In dem "Update" vom 6.11.2008 benennt UNHCR unsichere Gebiete und spricht sich für subsidiären Schutz für die Personen aus, die aus diesen Gegenden kommen.

### **11. Lesetipp/Hörstipp**

Verfolgung von Christen im indischen Bundesstaat Orissa. Bericht einer Untersuchungsmission der Gesellschaft für bedrohte Völker.

Benefiz-CD für die Arbeit der Psychologischen Beratungsstelle für Verfolgte und Vertriebene  
Interkultureller Kalender 2009

### **12. Termine**

Mit herzlichem Gruß

Reiner Klass

### **1. Ansprache Angelika von Loeper bei der Übergabe des Bundesverdienstkreuzes**

Die 1. Vorsitzende des Flüchtlingsrats Baden-Württemberg, Angelika von Loeper, hat für ihr ehrenamtliches Engagement in der Flüchtlingsarbeit das Bundesverdienstkreuz erhalten und bei der Übergabe am 10.11. eine [Ansprache](#) gehalten, die wir als pdf-Datei weitergeben.

### **2. Flüchtlinge in Deutschland: Eine psychologische Analyse der Freiwilligen Rückkehr**

Die Ergebnisse in der Promotion von Ulrike von Lersner zeigen, dass die Rückkehrer selten wirklich freiwillig gehen, nach der Rückkehr deutlich kränker werden und sich von den hoch bezahlten Rückkehrhilfe-Organisationen massiv im Stich gelassen fühlen. Tatsächlich "freiwillig" reisen v. a. ältere Flüchtlinge aus. RückkehrerInnen fühlen sich über lange Zeit fremd in der alten Heimat. Zwei Drittel der Zurückgekehrten würden auch nach neun Monaten am Liebsten zurück nach Deutschland.

Nun sollen die Ergebnisse auch noch filmisch untersucht werden. Dafür werden für Interviews Rückkehrfamilien gesucht, besonders solche mit Mädchen im "Teenager-Alter". Die [gesamte Dissertation](#) sowie eine [Kurzzusammenfassung](#) sind auf den Webseiten der Universität Konstanz eingestellt.

### **3. Save-Me-Kampagne**

#### **Bundesweite Initiative sucht UnterstützerInnen**

Die Save-Me-Kampagne zieht immer weitere Kreise. Bundesweit beteiligen sich mittlerweile 15 Städte an der Kampagne zur Aufnahme von Flüchtlingen, darunter aus Baden-Württemberg Heidelberg, Reutlingen und Tübingen.

Für die bundesweite Website werden [UnterstützerInnen](#) gesucht, die den Aufruf unterschreiben und in einem kurzen Statement darstellen, warum sie die Aktion für unterstützenswert halten.

Der Aufruf lautet:

*Ja, ich unterstütze die Kampagne Save-me - Flüchtlinge aufnehmen!*

*Hunderttausende Menschen fliehen weltweit vor Krieg, Gewalt, Verfolgung oder aus existenzieller Not. Die Erstaufnahmestaaten sind selbst oft arm und mit der regionalen Aufnahme der Flüchtlinge strukturell überfordert. Viele Flüchtlinge finden keine Sicherheit und leben in Notunterkünften ohne Perspektive. Fluchtwege sind versperrt. Sie brauchen Hilfe von Außen.*

*Deshalb sage ich Ja! zur Aufnahme von Flüchtlingen in Deutschland. Wie andere Staaten sollte sich Deutschland verpflichten, jährlich ein Kontingent von Flüchtlingen dauerhaft aufzunehmen und zu integrieren. Gemäß dem Anliegen der Vereinten Nationen, Dauerlösungen für Flüchtlinge zu finden, brauchen die aufgenommenen Flüchtlinge von Beginn an ein sicheres Aufenthaltsrecht. Sie sollen arbeits- und sozialrechtlich mit Inländern gleichgestellt werden und bestmögliche Integrationschancen erhalten. Mit vielen Bürgerinnen und Bürgern in Deutschland befürworte ich die Aufnahme von Flüchtlingen.*

Zu den Websites der lokalen Resettlement-Kampagnen in Baden-Württemberg in [Heidelberg](#), [Reutlingen](#), [Tübingen](#).

### **Bundesweites Vernetzungstreffen der Städte-Kampagnen am 5.12.08, Frankfurt**

Liebe Aktivisten und Aktivistinnen der save me Städtekampagnen,

Im letzten halben Jahr hat sich im Bezug auf unsere gemeinsame Kampagne viel Erfreuliches getan. Das liegt an Eurer Arbeit! In zwölf Städten gibt es bereits save-me-Kampagnen, namentlich in: Augsburg, Aachen, Bad Kreuznach, Berlin, Göttingen, Heidelberg, München. Murnau, Regensburg, Reutlingen und Tübingen. Einige Städte befinden sich bereits in konkreten Vorbereitungen, wie zum Beispiel Schwerin, Frankfurt, Marburg, Mainz, Rostock, Lübeck, Kiel, Karlsruhe und einige Städte mehr. Es gab eine Vielzahl von Veranstaltungen und Aktionen und die Reaktionen der Presse waren teilweise beachtlich. Auf lokaler Ebene tut sich also eine Menge.

Damit uns in den Städtekampagnen aber nicht langsam die Ideen und der Atem ausgehen, wird es langsam Zeit die Kampagne bundesweit voranzutreiben, Eine effektive Vernetzung der Städte-Kampagnen ist daher dringend notwendig. Der Austausch von Informationen und Erfahrungen sowie das Entwickeln von gemeinsamen Strategien sind sicher sehr hilfreich, anregend und spannend. Zudem gibt es die Möglichkeit sich Praxistipps zur Handhabung der Internetseite geben zu lassen.

Wir möchten Euch daher sehr herzlich zu einem save me Vernetzungstreffen nach Frankfurt am Main einladen.

**Am Freitag den 5. Dezember 2008, von 11.00 Uhr bis 16.00 Uhr, Dritte Welt Haus, Falkstraße 74, 60487 Frankfurt (Nähe U-Bahnhaltestelle Leipziger Straße der U6/U7)**

Wir haben Frankfurt ausgewählt, weil es zentral liegt und gut erreichbar ist. Damit an unserem Treffen möglichst viele Städtezusammenhänge teilnehmen können und es nicht den Rahmen sprengt bitten wir Euch maximal zwei VertreterInnen zu schicken.

Bitte gebt uns eine kurze Rückmeldung, ob Ihr kommt.

In diesem Sinne - schöne Grüße und wir freuen uns auf Euer Kommen  
Matthias Weinzierl und Andrea Kothen und Miriam Leitner

### **4. Abschaffung des Asylbewerberleistungsgesetzes: Petition des Grundrechtskomitees**

Das Komitee für Grundrechte und Demokratie hat am 13. November 2008 die Petition für die Abschaffung

des Asylbewerberleistungsgesetzes dem Bundestag übergeben, die bislang von über 3.000 Bürgerinnen und Bürger unterstützt wird.

Die Petition hat jetzt ein Aktenzeichen: Pet 3-16-11-2174-044585. Solange die Petition bearbeitet wird, kann man sich unter dem Aktenzeichen noch der Petition anschließen. Für die Petition kann also weiterhin geworben werden.

UnterstützerInnen senden den unterzeichneten Petitionstext bitte an das

Komitee für Grundrechte und Demokratie  
Aquinostr. 7-11  
50670 Köln

### **5. Griechenland: Recherche zur Situation von Asylsuchenden**

Karl Kopp, Pro Asyl, hat Ende Oktober 2008 mit zahlreichen Schutzsuchenden, Vertreterinnen und Vertretern der Zivilgesellschaft, des UNHCR und des Gesundheitsministeriums gesprochen. Ergebnis: Griechenland kann die aktuellen Anforderungen im Asylbereich nicht bewältigen! Die zentrale Ausländerbehörde scheint den Zustrom von tausenden AsylantragstellerInnen nicht bewältigen zu können. Menschen, die einen Asylantrag stellen wollen, bekommen keinen Zugang zum Gebäude und damit auch nicht zum Asylverfahren. Die Folge: Schutzsuchenden droht die Inhaftierung.

Der Bericht ist vor allem wichtig für Klagen bei drohenden Überstellungen nach Griechenland.

[Zum Recherchebericht.](#)

### **6. Einbürgerung von Kosovaren - Hinnahme von Mehrstaatigkeit**

Das Innenministerium Baden-Württemberg hat einen [Erlass](#) (PDF) über die Einbürgerung von Kosovaren herausgegeben, nachdem der VGH Mannheim im September entschieden hatte, dass ein Kosovo-Albaner auch dann eingebürgert werden kann, wenn er seine bisherige Staatsangehörigkeit nicht aufgibt.

Dazu schreibt der Ulmer Rechtsanwalt Thomas Oberhäuser:

"Wichtig erscheint mir der Hinweis, dass das Urteil nur teilweise zutreffend umgesetzt wurde. Soweit unter Ziff. 2 a des Erlasses ausgeführt wird, dass bei einem Einbürgerungsbewerber, der seit 2 Jahren eine Einbürgerungszusicherung besitzt, anhand der Umstände des Einzelfalls zu entscheiden ist, ob auch die kosovarische Staatsangehörigkeit hinzunehmen ist, wobei der Dauer des Verfahrens entscheidendes Gewichts beigemessen werden soll, so führt dies zu einer unzumutbaren Verlängerung des Einbürgerungsverfahrens. "Entscheidendes Gewicht" hat doch wohl bereits der Umstand, dass der Einbürgerungsbewerber seit zwei Jahren rechtswidrig nicht eingebürgert wurde. Denn der Anspruch auf Einbürgerung unter Hinnahme der serbischen Staatsangehörigkeit besteht nicht erst seit dem Urteil des VGH, sondern jedenfalls seit der insoweit maßgeblichen Entscheidung des Bundesverwaltungsgerichts vom 03.05.2007 - BVerwG 5 C 3.06 -, richtigerweise aber schon vor dem Revisionsurteil, da dieses nur die bestehende Rechtslage wiedergibt.

Zum anderen übergeht das IM die vom VGH angesprochene Frage der Folge der voraussichtlichen Völkerrechtswidrigkeit von § 29 kosStAG durch die Regelung eines automatischen Erwerbs der kosovarischen Staatsangehörigkeit durch Kosovoalbaner in der Diaspora. Trifft zu, dass § 29 kosStAG insoweit völkerrechtswidrig ist, bedeutet der Erlass nichts anderes, als die Einbürgerungsbewerber zu verpflichten, zunächst eine fremde Staatsangehörigkeit anzunehmen. Denn nur die wenigsten Einbürgerungsbewerber werden eine Negativbescheinigung bekommen. Vielmehr werden sie von den kosovarischen Behörden gemäß § 29 kosStAG als Kosovaren angesehen. Folglich müssten sie eine Willenserklärung abgeben, kosovarische Staatsangehörige zu sein oder zu werden, damit der Erwerb völkerrechtskonform vonstatten geht. Dies scheint indes nicht zumutbar und daher auch nicht zu fordern. Allerdings liegen mir - bislang nicht verifizierte - Informationen vor, dass es im Kosovo bereits ein Entlassungsverfahren geben soll. Wenn dies zutrifft, kann Einbürgerungsbewerbern zur Abkürzung der Verfahren auch geraten werden, sich registrieren oder einbürgern zu lassen und die kosovarische

Staatsangehörigkeit dann unverzüglich wieder aufzugeben."

## **7. Bundesverwaltungsgericht: Fiktive Berechnung nach dem SGB II zur Erteilung einer Aufenthaltserlaubnis nach § 23,1 AufenthG**

Das Bundesverwaltungsgericht hat mit Grundsatzurteil vom 26.08.2008 (Az 1 C 32.07, [Zusammenfassung](#)) entschieden, wie hoch der Lebensunterhalt sein muss, damit ein Visum zum Zweck des Familiennachzugs erteilt werden kann. Damit der Lebensunterhalt gemäß § 2 Abs. 3 AufenthG ohne Inanspruchnahme öffentlicher Mittel gesichert ist, müssen nach Auffassung des BVerwG nicht nur der "Regelsatz plus Miete" nachgewiesen werden, sondern zusätzlich auch fiktiv die Freibeträge, die Personen mit geringem Einkommen zusätzlich eingeräumt werden: Nach §§ 11, Abs. 2 und 30 SGB II darf ein erwerbstätiger Bezieher von Leistungen nach SGB II einen Teil seiner Einkünfte behalten, ohne dass ihm diese von seinem Leistungsanspruch gegenüber der Arbeitsagentur abgezogen werden. Diese sozialrechtliche Regelung soll für Geringverdiener ein Anreiz sein, ihre Tätigkeit beizubehalten. Anders als einige Oberverwaltungsgerichte meint das BVerwG, dass dieser arbeits- und sozialpolitische Zweck der Freibetragsregelungen der Berücksichtigung im Aufenthaltsrecht nicht entgegenstehe.

Diese Entscheidung hat gravierende Folgen:

1. In Anwendung dieser Rechtsprechung müssen Menschen, die Angehörige im Rahmen des Familiennachzugs nach Deutschland holen wollen und ein ausreichendes EWinkommen nachweisen müssen, nun ein um 20% bis 30% höheres Einkommen nachweisen. In der Praxis werden viele Anträge auf Familiennachzug daran scheitern.

2. Einige Ausländerbehörden sind nunmehr dazu übergegangen, auch für die Erteilung einer Aufenthaltserlaubnis nach § 23 Abs. 1 den Nachweis nicht nur von Regelsatz und Miete, sondern zusätzlich auch der Freibeträge einzufordern. Dies ist rechtlich nicht zwingend: Die Erteilung einer Aufenthaltserlaubnis im Rahmen der gesetzlichen Bleiberechtsregelung ist eine andere Entscheidung als die Entscheidung über einen Familiennachzug, weshalb einzelne Bundesländer (z.B. Berlin) in Ausführungserlassen klar gestellt haben, dass für die Erteilung einer AE nach § 23,1 AufenthG auch weiterhin die Faustformel "Regelsatz plus Miete" Anwendung findet.

Das niedersächsische Innenministerium hat diesen Schritt nicht getan.

Allerdings hat das nds. MI die Ausländerbehörden auch nicht angewiesen, das Nettoeinkommen um die Freibeträge zu mindern, sondern den Ausländerbehörden selbst frei gestellt, wie sie verfahren: Sie können die Freibeträge in die Berechnung des fiktiven Einkommens einbeziehen, müssen dies aber nicht tun.

Die Ausführungen des MI lassen gewisse Spielräume für kommunales Handeln, eröffnen jedoch keine Möglichkeiten einer fachaufsichtlichen Beschwerde, wenn die Ausländerbehörde vor Ort die Freibeträge in Abzug bringt. Dringend zu fordern ist deshalb eine klarstellende gesetzliche Änderung des § 2 Abs. 3 AufenthG, dass diejenigen öffentlichen Mittel als "aufenthaltsunschädlich" gelten, die sich aus der Anwendung der Freibetragsregelungen in den §§ 11,2 und 30 SGB II ergeben.

gez. Kai Weber, Niedersächsischer Flüchtlingsrat

## **8. Sozialausschuss des Münchener Stadtrats fordert Abschaffung der Flüchtlingslager**

Damit erhält eine alte Forderung des Bayerischen Flüchtlingsrats prominente Unterstützung. Das Beispiel leiten wir weiter als Anregung für lokale Gruppen in Baden-Württemberg, Gespräche mit lokalen PolitikerInnen zu führen, um auf ähnliche Beschlüsse hinzuwirken.

Pressemitteilung vom 14.11.2008

**Landeshauptstadt München fordert Abschaffung der Flüchtlingslager**

*Sozialausschuss fordert in seiner Sitzung vom 13.11.08 "die regelmäßige Unterbringung von Flüchtlingen in Gemeinschaftsunterkünften zu beenden und statt dessen den Einzug in normale Wohnungen zuzulassen"*

Seit Monaten ist die Forderung nach Schließung der Flüchtlingslager in der öffentlichen Debatte, selbst der neue Staatsregierungspartner FDP fordert deren Abschaffung. Doch die CSU mauert weiter und argumentiert, gerade in München wären keine Wohnungen zu finden, deshalb wären gerade dort Flüchtlingslager weiter nötig.

Der Sozialausschuss des Münchner Stadtrats setzte dieser Argumentation nun ein Ende. Trotz der Schwierigkeiten mit der Versorgung von Flüchtlingen mit Privatwohnungen in München beschloss er in seiner Sitzung vom 13.11.2008 einstimmig: "Der Herr Oberbürgermeister wird gebeten, sich an den Herrn Ministerpräsidenten und die Landtagsfraktionen zu wenden mit dem Ziel, die regelmäßige Unterbringung von Flüchtlingen in Gemeinschaftsunterkünften zu beenden und statt dessen den Einzug in normale Wohnungen zuzulassen.

Der Bayerische Flüchtlingsrat ist hoch erfreut über diese Unterstützung seiner Forderung nach Abschaffung der Flüchtlingslager. "Wir hoffen, dass wir mit dieser zusätzlichen prominenten Unterstützung unsere Forderung durchsetzen können und es den 8400 Flüchtlingen, die derzeit in 140 Lagern leben, ermöglicht wird, schnellstmöglich menschenwürdige Wohnungen beziehen können, wie das in anderen Bundesländern längst Realität ist", kommentiert Alexander Thal, Sprecher des Bayerischen Flüchtlingsrats, den Beschluss.

Weitere Informationen zur Abschaffung der Flüchtlingslager finden Sie unter: <http://www.fluechtlingsrat-bayern.de/lagerpflicht.html>

## 9. Rückübernahmeabkommen mit Syrien

Zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Arabischen Republik Syrien ist am 14. Juli dieses Jahres ein Abkommen abgeschlossen worden, das beide Seiten zur Rückübernahme von eigenen und fremden Staatsangehörigen sowie Staatenlosen verpflichtet, die aus oder über das Hoheitsgebiet des einen Vertragsstaates in das Hoheitsgebiet des anderen Vertragsstaates illegal eingewandert sind oder sich illegal dort aufhalten. Die deutsche Seite verspricht sich davon vor allem, staatenlose Kurdinnen und Kurden aus Syrien abschieben zu können. Dies scheiterte bislang zumeist an der Weigerung des syrischen Staates, diese Personen aufzunehmen.

Die [Kleine Anfrage der Linkspartei](#) gibt Aufschluss über die Zahl der Menschen aus Syrien in der Bundesrepublik, aufgeschlüsselt nach Aufenthaltsstatus. Aus Baden-Württemberg dürften von dem Rückübernahmeabkommen demnach mehrere hundert Personen betroffen sein.

## 10. UNHCR zur Sicherheitslage in Afghanistan

In dem dreiseitigen Bericht "[Update](#)" vom 6.11.2008 benennt UNHCR unsichere Gebiete in Afghanistan, in denen es zu Bedrohungen des Lebens, der Sicherheit und der Freiheit, Anschlägen, militärischen Operationen und religiösen Konflikten kommt. UNHCR spricht sich in dem Papier für subsidiären Schutz für die Personen aus, die aus diesen Gegenden kommen.

## 11. Lesetipp/Hörtipp

**Verfolgung von Christen im indischen Bundesstaat Orissa.** Bericht einer Untersuchungsmission der Gesellschaft für bedrohte Völker

[Zum Bericht.](#)

## Benefiz-CD für die Arbeit der Psychologische Beratungsstelle für Verfolgte und Vertriebene

Der Kammerchor camerata nova hat bereits 2007 eine Weihnachts-CD zugunsten der PBV zur Verfügung gestellt, von der nach wie vor Exemplare erhältlich sind. Der Reinerlös kommt der Behandlung von Opfern von Gewalt und Folter zu Gute. Die CD kostet 15 Euro und ist beim Diakonischen Werk Württemberg

(Telefon: 0711/1656-280) zu beziehen.

### **Interkultureller Kalender 2009**

Seit Kurzem ist die Ausgabe 2009 des Interkulturellen Kalenders erhältlich. Der Kalender im DIN A 3-Format enthält die Festtage der fünf Weltreligionen und kann über die Geschäftsstelle des Flüchtlingsrats B.-W. (Mail: [info@fluechtlingsrat-bw.de](mailto:info@fluechtlingsrat-bw.de)) bestellt werden.

## **12. Termine**

### **Plenen des Flüchtlingsrats B.-W. in Stuttgart, Friedengemeindehaus:**

07.03.2009

11.07.2009

07.11.2009

### **Sonstige Termine:**

**21.-23.11.2008, Bad Boll, Ev. Akademie: Integration heißt Partizipation und Teilhabe:** Eine stärkere Teilhabe und Beteiligung von Menschen mit Migrationshintergrund in der Gesellschaft und an zivilgesellschaftlichen Prozessen steht im Fokus dieser Tagung. Vorgestellt werden Modelle aus der Praxis und realisierbare innovative Ideen. Weitere Themen: Selbstorganisation und Engagement für Partizipation, besonders für das kommunale Wahlrecht von Nicht-EU-Bürgerinnen und Bürger. [Weitere Infos und Programm.](#)

**4.12.2008, Stuttgart, Stadtbücherei, 18.30 Uhr: 50 Jahre Erklärung der Menschenrechte: Festung Europa? Flüchtlingspolitik und Flüchtlingsschutz in der EU.** Podiumsdiskussion mit Wolfgang Kreissl-Dörfler (MdEP), Michael Griesbeck (Vizepräsident des BAMF), Ruth Weinzierl (Expertin für Migration und Flucht in Europa beim Dt. Institut für Menschenrechte), Karl Kopp (Europareferent bei Pro Asyl), Anna Koktsidou (SWR International), Moderation: Karl-Heinz Meier-Braun (Leiter der Red. SWR International).

**12.-14.12.2008, Bad Boll, Ev. Akademie: Frauen in der kurdischen Gesellschaft.** Ihre Rechte und ihre Beteiligung im Bundesland Kurdistan/Irak und in den kurdischen Regionen der Türkei. Tagung über die Situation von kurdischen Frauen in der Türkei und im Nordirak. [Weitere Infos.](#)

**22.-24.01.2009: Bad Boll, Ev. Akademie: Flüchtlinge und Spätaussiedler: Aktuelle Themen und Angebote.** [Weitere Infos und Programm](#)

25.11.2008: Tag gegen Gewalt gegen Frauen mit "Fahnenaktion" von Terre des Femmes. Weitere Infos: [www.frauenrechte.de](http://www.frauenrechte.de).

10.12.2008: Tag der Menschenrechte